L50 Entlastung der Justiz und Justizvollzugsanstalten

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 04.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
353

Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und kriminalisiert.

...soll ersetzt werden durch...

1 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen
2 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und
3 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist
4 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf
5 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden
6 bevormundet und kriminalisiert. Deshalb wollen wir die NRW-Richtlinien zur
7 Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes liberalisieren, angelehnt an die
8 Bestimmungen in Bremen und Berlin, mit einem Cannabis-Grenzwert von 15g.

Begründung

Wir sollten die NRW-Richtlinien (Änderung des Gemeinsamen Runderlasses des NRW-Justizministeriums (4630 - III. 7 „IMA“) und des Ministeriums für Inneres und Kommunales (42 – 62.15.01) vom 19. Mai 2011 zur Anwendung des § 31a Absatz 1 des BtMG liberalisieren, angelehnt an die Bestimmungen in Bremen und Berlin.

Denn damit erreichen wir...

- + mehr Selbstbestimmung für Konsument*innen
- + Entlastung der Staatsanwaltschaften und Gerichte
- + Entlastung der JVAen
- + weniger "Drogenkarrieren" im Knast
- + dass vor allem ökonomisch benachteiligten Gruppen und Abhängigen geholfen wird
- + dass Sicherheitsbehörden sich auf wirklich wichtige Verbrechen/Gefahren konzentrieren können

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Charlotte Kugler; Elias Binger (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper